Schaft als auch Ökologie entscheidend beeinflussenden Problemkreis vom zuständigen Ministerium ernsthaft an einem neuen Konzept gearbeitet worden wäre, dieses Konzept dem Parlament bekannt gewesen wäre und zumindest die Regierungspartner über inhaltliche und terminliche Verhandlungsziele informiert gewesen wären, dann brauchten wir über die Zeitungsmeldung am vergangenen Freitag nicht zu erschrecken.

Dann hätten wir gewußt oder könnten zumindest davon ausgehen, daß von der Exekutive im Ministerium innerhalb der Rahmensetzung der Legislative gearbeitet wurde. Aber Herr Prof. Steinberg hat hier vor dem Hohen Haus noch am Freitag gesagt, daß er keine neue Energiekonzeption vorlegen möchte, weil das so sehr an das alte zentralistische Regime erinnert und für die DDR kein Energiekonzept mehr gebraucht wird.

Wenn wir uns aber ansehen, in welchem Zustand die Energieversorgung der DDR ist und in welchem Maße sie schuld an den Umweltproblemen in unserem Land ist, dann können wir wohl ersehen, daß hier eine neue Konzeption vonnöten ist. Nicht derart, daß Pläne für Energieverbrauchskontingente der einzelnen Verbraucher oder Vorgaben für die Anlagengestaltung oder Technologie eines einzelnen Kraftwerks von der Regierung festgelegt werden, wohl aber zu der Festlegung von Zielfunktionen und Wertigkeiten bei der notwendigen Umgestaltung und zur Festlegung der dazu erforderlichen Regelmechanismen, die in einer Marktwirtschaft greifen können.

—v Ich nenne Preise, zinsgünstige Kredite, steuerliche Regulative aber auch Abgaben und Sanktionen. Ich darf hier feststellen, daß wir es als ein Versagen des Ministeriums betrachten, wenn derartige nicht vorliegt.

Nun aber zum Energiekonzept der Sozialdemokratischen Partei in seinen Grundzügen: Kernpunkt ist die Durchsetzung einer konsequenten Energiesparpolitik, denn gesparte Energie verursacht keine Emissionen und keine laufenden Kosten. Wir wissen alle, wie groß unser Sparpotential ist.

Wir treten ein für die Durchsetzung eines Fernwärmevertrages. Das beinhaltet die Nutzung von Abfallenergien aus Kraftwerken und Industrie und eine konsequente Kraft-Wärme-Kopplung in unserem relativ gut erschlossenen Fernwärmebereich. Hierdurch steigt der Wirkungsgrad bei der Umwandlung der Primärenergieträger, wir verringern Emissionen - vor allem in den Wohngebieten.

Zwingend ist, ein Rekonstruktionsprogramm für Kraftwerke aufzustellen und durchzusetzen. Dabei ist ein vernünftiger Sokkel an Braunkohlekraftwerken zu halten - entweder durch Nachrüstung mit Umweltschutztechnik und Modernisierung oder — durch Neubau. Steigerung des Einsatzes anderer Primärenergieträger - außer Kernkraft - wie Steinkohle, Gas und Erdöl und Durchsetzung kommunaler Energiekonzepte unter Einbeziehung kommunaler und regionaler Unternehmen - ich nenne das Stichwort Stadtwerke - gehören ebenfalls zu unserem Konzept.

Ganz wichtig aber ist uns die Neuorganisation der Energiewirtschaft, um die zentralistische oder staatsmonopolistische Struktur der Energiewirtschaft zu durchbrechen und über eine gegliederte dezentrale Struktur auch in der leitungsgelagerten Energiewirtschaft soviel Wettbewerb wie möglich zu erreichen.

(Beifall bei der SPD-Fraktion)

Das ist eine sehr verknappte Darstellung, und wir werden Ihnen die kompletten Grundzüge mit weitergehenden Erläuterungen zur Verfügung stellen. Aber diese Darstellung war möglich, weil an dieser Darstellung der vorliegende Vertrag gemessen werden muß.

Es ist unbestritten, daß zur Durchsetzung dieses Programms vor allem auf der Grundlage eines weitgehend abgewirtschafteten Anlagenparks in unserer Energiewirtschaft bedeutende Summen über gebietsfremde Kapitalgeber in unsere Energiewirtschaft einfließen müssen.

Die Frage ist, ob dies zu Bedingungen passiert oder passieren soll, die der Situation angepaßt sind, ob sie der Koalitionsvereinbarung entsprechen oder ob sie mit den Willensbekundungen dieses Hohen Hauses übereinstimmen.

Natürlich muß sich auch jede Fraktion in diesem Haus fragen, wo die Akzeptanz bezüglich Wahlaussage und Parteiprogrammatik liegt.

Der uns vorgelegte, vom Minister für Umwelt, Naturschutz, Energie und Reaktorsicherheit ausgehandelte Vertragsentwurf stellt in seinen Zielen, die von den drei großen Konzernen nach dem Motto „Alles oder nichts!“ diktiert sind, eine Ablösung des Staatsmonopols durch ein Privatmonopol dar.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der PDS)

Das entspricht ganz und gar nicht unseren Vorstellungen von einer gegliederten und dezentralen Struktur der Energieversorgung. Mit Mehrheitsanteilen von den Kraftwerken bis hin zu den Hausanschlüssen ist eine vollständige Kontrolle über die Energiewirtschaft vorprogrammiert, wenn auch über die Vorstufe einer Geschäftsbesorgungsgesellschaft, die erst einmal nur die Optionen auf die Aktienmehrheiten der zu gründenden Aktiengesellschaften festschreibt. Damit werden die Rechte der zukünftigen Länder und der Kommunen in diesen Ländern ignoriert; denn mit Minderheitsanteilen ist keine energiepolitische Entscheidung, mit der ja Kommunen und Länder laut Kommunalverfassung verpflichtet sind, durchzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

Unter diesem Vorbehalt der festgeschriebenen Aktienmehrheit sind auch die Passagen des Vertrages zur Eröffnung für Dritte, die natürlich zu Lasten der Anteile von Ländern und Kommunen nur möglich sind, sowie der möglichen Entflechtung nach frühestens 12 Jahren zu sehen.

Ich möchte deshalb ein ganz großes Fragezeichen bezüglich der Wettbewerbssituation setzen. Erinnert sei an die Äußerung des Bundeskartellamtes, und ich frage die Kollegen der CDU-Fraktion, ob es sie nicht bedenklich stimmt, daß auch die CDU/CSU-Fraktion des Bundestages aus diesen Gründen gegen diesen Vertrag ist.

Kritik und Bedenken muß ich auch äußern, wenn ich auf die im Vertrag nicht ausdrücklich geregelte Verpflichtung für Sozialprogramme beim notwendigen Personalabbau hinweise. Der mündliche Hinweis auf Tarifverträge befriedigt mich hier nicht. Im Vertrag steht lediglich eine Formulierung zur Qualifizierung sowie zur Weiterentwicklung des Personalwesens, woraus nicht abzuleiten ist, daß alle Umstrukturierungen sozialverträglich abgewickelt werden müssen.

In den letzten Tagen wurden vielerorts falsche Hoffnungen geweckt, daß mit Eintritt der starken Unternehmen endlich neue Tarifverträge abgeschlossen werden können. Ich möchte hier von bewußter Stimmungsmache sprechen; denn in § 3 Abs. 4 des Vertrages steht ausdrücklich, daß für laufende Geschäfte, einschließlich der dafür notwendigen Liquidität, die DDR-Energieversorgungsunternehmen zuständig sind. Also steht mit Vertragsabschluß als Lohngehalter nicht eine müde Mark zusätzlich zur Verfügung. Das nur als Bemerkung am Rande, um zu zeigen, mit welchen unlauteren Mitteln Scheinargumente geschaffen werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich muß auch noch etwas zu der Altlastenproblematik sagen. Nach dem Umweltrahmengesetz soll eine Befreiung beantragt werden. Das ist möglich und gilt nach dem Umweltrahmengesetz für neue Investoren. Nicht einzusehen ist aber, daß die DDR-Energieversorgungsunternehmen als Verursacher erheblicher Altlasten ebenfalls völlig - auch gegenüber Ansprüchen Dritter - befreit werden sollen. Das sieht das Umweltrahmengesetz nun wiederum nicht vor. Warum wird für eine begrenzte Altlastenhaftung nicht eine Regelung wie für Bilanzverluste z. B. im § 11 angewandt? Möglicherweise kann der eine oder an-